

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Straßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 25. Februar.
Deutscher Reichstag.

52. Sitzung vom 25. Februar.
Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst in dritter Lesung der von dem Abg. Rintelen beantragte Gesetzentwurf betreffend Ruhen der Verurteilung eines Straffälligen, wenn der Strafverfolgung gesetzliche Hindernisse im Wege stehen. Die Annahme erfolgt nach kurzer Debatte.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung der Novelle zum Postdampfergesetz (Wegfall der Anschlusslinie im Mittelmeer) und der dafür ausgesetzten Subvention von 400.000 Mark; dafür Anlaufen von Neapel gegen Beihilfe von 100.000 Mark; Einsetzen der Samoa-Linie, und dafür Einrichtung einer Linie von Singapur nach Neu-Guinea.

Staatssekretär v. Stephan: Der vorliegende Entwurf beruht auf den Erfahrungen einer längeren Zeit. Es hat sich herausgestellt, daß die Mittelmeer- und die Samoa-Linie den ursprünglichen Erwartungen nicht entsprochen haben. Deshalb sollen sie fortfallen. Zum Ersatz für Brindisi-Port Said soll die Hauptlinie Neapel anlaufen. Die Beihilfe von 100.000 Mark wird erforderlich durch die erhöhte Tonnengebühr als Folge des Anlaufens dieses zweiten Hafens. Für die Reichsflotte erwächst daraus eine Reinerparc von 300.000 Mark. Die neue Linie von Singapur über die Sunda-Linie nach Neu-Guinea als Ersatz für die Samoa-Linie erhöht sich der Norddeutsche Lloyd ohne Subventions-erhöhung einzurichten. Einmalige gegen diese neue Linie haben nur freisinnige Blätter erhoben und es als unethisch bezeichnet, ein privates Unternehmen in dieser Weise zu unterstützen. Man sagt, der Zusatz für die Samoa-Linie solle einfach weggelassen, statt für die Neu-Guinea-Linie Verwendung zu finden. Das ist aber ein Irrthum. Der Norddeutsche Lloyd hat auf 15 Jahre Anspruch auf diesen Zusatz, kann also auf seinen Schein bestehen. Ich bitte Sie also, die Vorlage zu genehmigen.

Abg. Bamberger (freiz.): Es wäre eine unangenehme Debatte, wollte ich Ihnen heute zeigen, wie Recht diejenigen hatten, die früher die Samoa-Linie bekämpften. Ich habe deshalb mit Wohlgefallen die Rede des Herrn Staatssekretärs gehört. (Heiterkeit.) Es ist heute schwer, sich in die Stimmung zu versetzen, welche zur Zeit der ersten Beratung des Postdampfergesetzes herrschte. Die ausweichendsten Hoffnungen herrschten damals besonders in Süddeutschland. Man hätte man am liebsten in Acht und Bann erklärt. Heute wissen wir, daß alle die großen Hoffnungen, welche man bezüglich Hebung unseres Exports nach Ostasien, Australien, Japan hegte, absolut zu nicht geworden sind. Damals wurde meinen Einwänden gegenüber stets von der Regierung geantwortet: es darf als wahrscheinlich angenommen werden. Dieses „es darf als wahrscheinlich angenommen werden“ war überhaupt und ist diejenige Formel, mit der in neuester Zeit am liebsten gearbeitet worden ist. Jetzt fordern Sie für das Anlaufen von Neapel 100.000 Mark. Das scheint wenig, macht aber für noch 6½ Jahre immerhin 650.000 Mark. Mit Aufhebung der Linie Brindisi-Port Said bin ich natürlich einverstanden. Ebenso mit Aufhebung der Samoa-Linie, die ich ja längst gefordert habe. Ich erinnere Sie zu auch daran, wie ich seiner Zeit von dem Herrn Staatssekretär mit Vorwissen überhäuft worden bin, weil ich es sei, der der Korea-Linie und damit unseren Exportbeziehungen zu Korea Hemmnisse bereite. Projektirt soll ja diese Linie noch immer sein. Der Redner verbreitete sich sodann weiter über die nicht günstigen Ergebnisse der Samoa-Linie. Nun will man, statt die Samoa-Subvention einzuziehen, sie für eine neue Linie nach Neu-Guinea verausgaben. Für mich besteht gar kein Zweifel, daß auch diese Linie unlohnend ist. Der Norddeutsche Lloyd sagt ja selber, daß ihm diese Linie bisher schwerer als dem Herzen liegt. Nun kann man ja darüber in Zweifel sein, ob das Land noch neue Kolonien unterstützen soll. Aber hier handelt es sich doch um Unterstützung eines Privatunternehmens, der Neu-Guinea-Gesellschaft, zumal um Unterstützung eines hochverschuldeten Unternehmens. Einen Handel nach Neu-Guinea von hier gibt es bis jetzt nicht. Was von dort zurückkommt, beläuft sich jezt auf höchstens 130 bis 140 oder 150.000 Mark an Werth. Ich gebe von vornherein zu, daß so schlecht, wie die Verbindung mit Samoa, diese Verbindung nicht sein wird. Dazu kommt aber noch, daß von München aus deutsche Dampfer als Küstendampfer die Samoa-Inseln frequentieren, und die sich während der Fahrt auf Kosten der Steuerzahler mit dieser Subvention Konkurrenz schaffen. Ich wäre gar nicht abgeneigt, wenn die Regierung mit dem Lloyd eine Abmachung treffen, daß die Samoa-Linie und damit die 250.000 Mark Subvention weggelassen, der Lloyd aber für die Abnutzung seines Schiffes „Kaiser“ eine runde Summe bekäme. Das Reich würde dadurch Geld sparen und der Lloyd nicht geschädigt werden. Der Herr Staatssekretär schied früher einmal anzuwenden, als hätten wir bis dahin einen Grund, uns zu freuen, zu sein mit den Resultaten der Hauptlinie nach Australien. Aber heute liegen darüber Erfahrungen vor, und diese sind traurig! Der Lloyd hat bisher eingebüßt an Vertriebe, an den Schiffen, an Zinsen, bisher Alles im Allem etwa 16 Millionen, und das Reich hat an Subvention 24 Millionen eingebüßt, das macht also zusammen jetzt bereits 40 Millionen! In dem Verkehre mit Ostasien sind wir im letzten Jahre nicht bloß bereits in einen Verarmungsstand gelangt, sondern das letzte Jahr zeigt sogar bereits einen Rückgang. Die Lloyd-Dampfer haben im letzten Jahre nach Ostasien, Australien, China, etwa für 16 Millionen Mk. befördert, Hamburg dagegen, — ohne Subvention! — 36 Millionen! Deshalb empfiehlt

man sich denn nicht, hier dieselbe Remedur vorzuschlagen, wie bei der Mittelmeerlinie? Ohne das wesentliche Resultate erreicht worden sind, ist — mit 40 Millionen — bis jetzt schon so viel geopfert worden, wie das ganze Kapital des Bremer Lloyd beträgt! Man sollte doch überhaupt nicht glauben, mit solchen künstlichen Mitteln Handel und Industrie und Ackerbau zu fördern. Wie man damals dazu kam, ist mir noch jetzt ein Räthsel. Selbst der mächtige H. H. Meyer war ganz von Begeisterung erfüllt. Eins haben wir allerdings erreicht: daß mit deutschem Gelde englische Auswanderer billig befördert werden. Dem Bremer Lloyd müßte es doch auch ganz recht sein, wenn er diese Verpflichtungen wieder los würde. Machen wir doch dem Lloyd den Vorschlag: wir wollen diese ganze verfehlte Subventionirte Schifffahrt wieder los sein. Ziehen Sie, meine Herren, doch wenigstens in Betracht, ob dieser von mir angebotene Weg nicht wenigstens verhältnißmäßig betreten werden kann?

Staatssekretär v. Stephan: Den Zahlen des Vorredners könnte ich andere gegenüberstellen. Aber die nackten Zahlen sind hier überhaupt nicht das Wesentliche. Rechnen Sie denn, Herr Abgeordneter, das für gar nichts, daß wir jetzt mit unserem Verkehre vom Auslande viel unabhängiger sind durch die Subventions-Dampfer. Auch unsere Banken in ihrem Wechselverkehre empfinden das. Unsere Industrie und Handel sehen ihre Geschäftsergebnisse gesichert. Das ist ein Punkt, der bisher noch viel zu sehr übersehen worden ist. Der Herr Vorredner meinte, wir geständen unsere Irthümer ein, erhielten aber unsere größeren aufrecht. Das war ja geistreich. Bei dem Vorredner selbst liegt die Sache umgekehrt. Er hält seine großen Irthümer aufrecht, gesteht aber seine kleinen nicht ein! Den Vorschlag, mit dem Lloyd ein Abkommen zu treffen und ihn abzufinden, wird der Reichstag wohl schwerlich acceptiren. Und ebensoviele der Lloyd selbst. Ich würde sogar lieber 14 tägige Linie einrichten. Statt es mit der Hauptlinie so zu machen wie mit der Mittelmeer- und der Samoa-Linie, machen wir es lieber wie mit einem Baum: wir schneiden die kranke Stelle ab, damit der Stamm wieder um so kräftiger wird. Vorredner hätte übrigens selber mit Verhältnißmäßigkeiten geredet, indem er zu meiner Freude sagte: wahrscheinlich würde die Neu-Guinea-Linie sich besser rentiren, als Samoa. Andere Staaten verwenden ganz andere Subventionen als wir. England hat bis jetzt schon 600 Mill. bezahlt, Frankreich 450 Millionen an Subventionen. Was die Neu-Guinea-Linie betrifft, so werden dafür die bisher für Samoa gezahlten 200.000 Mark wahrscheinlich hinreichen. Wir können sie um so eher geben, als sie ja ohnehin nicht gespart werden können. Sie werden ja gehört haben, daß sich dort namentlich die Tabakcultivirung behauptet. Ich hoffe, daß Sie die Vorlage annehmen werden.

Abg. Graf Henning v. Rosen (fr.): Ich halte es für zweckmäßig, die Vorlage an die Budgetkommission zu verweisen. Man muß diese Vorlage von zwei Gesichtspunkten betrachten: vom materiellen, wie das der Abg. Bamberger that, aber auch vom Gesichtspunkte des Geistes-Einflusses. Letzterer Gesichtspunkt ist für uns der überwiegende. Die Missionen sind ja in unseren Kolonien schon ziemlich im Aufblühen begriffen und werden hoffentlich noch mehr gefördert werden. Redner fragt dann noch besonders über die Missionenverhältnisse in Neu-Guinea an.

Direktor im auswärtigen Amte Kaiser: Mit der deutschen Herrschaft auf Neu-Guinea hat sowohl die katholische wie die evangelische Mission großen Aufschwung genommen. Alle Missionen sind der Neu-Guinea-Gesellschaft dankbar für den ihnen gewährten Schutz. Aber gerade die Missionen erklären es für ein schreckliches Verbrechen, daß durch eine gesicherte Schiffsverbindung mit Neu-Guinea eingerichtet werde. Darüber liegen mir zahlreiche Briefe vor. Beißt das deutsche Reich Kolonien, so muß es auch für eine Verbindung mit dem Mutterlande sorgen. Der Mangel einer solchen hat der Kolonie große Summen gekostet, und diese ist jetzt in der Lage, zu erklären, daß sie diese Last nicht mehr tragen kann. Verlegen wir die Neu-Guinea-Kompagnie in die Nothwendigkeit, ihr Unternehmen anzugehen, so ist nicht nur Alles verloren, was bisher schon aufgewendet wurde, sondern es sind auch alle anderen Hoffnungen zu Grabe getragen.

Abg. Barth (fr.): Die heute von dem Herrn Staatssekretär vorgebrachten Argumente zu Gunsten der Vorlage decken sich mit den früheren. Er verwies auf die Höhe der von Frankreich gezahlten Subventionen. Aber was Frankreich mit diesen für Erfahrungen gemacht hat, verweigert er. Unsere Rhederei hat sich ob hiner Subvention gebogen, während die subventionirten Linien schlechte Geschäfte gemacht haben. Man spricht von „indirekten“ Vorteilen. Ich lege auf diese wenig Werth. Man pflegt mit diesen indirekten Vorteilen desto lieber zu kommen, je weniger man von greifbaren, materiellen Vorteilen zu erzählen weiß. Bei all solchen wirtschaftlichen Unternehmungen sollte stets gefragt werden: ist das Unternehmen rentabel? Ist es unrentabel, dann ist es auch „im nationalen Sinne“ unrentabel. Da der Bundesrath auch bei Ablehnung dieser Vorlage die subventionirten Schiffe weiter fahren lassen kann, werden wir natürlich für die Vorlage stimmen müssen, denn bei Annahme derselben sparen wir wenigstens eine Kleinigkeit. Ich habe gegen eine Linie nach Neu-Guinea an und für sich nichts, aber eine subventionirte Linie ist nicht. Es wäre besser, wenn der Lloyd fahren könnte in Terminen, wie sie ihm nach den geschäftlichen Verhältnissen zweckmäßig erschienen. Statt dessen muß er jetzt seine Schiffe in festbestimmten Terminen laufen lassen. Wenn man sagt, daß durch Ablehnung der Vorlage die Neu-Guinea-Kompagnie gezwungen wäre, ihre Thätigkeit ganz einzustellen, so meine ich, daß die ganze Kompagnie nicht viel werth wäre, wenn sie aus solchen Gründen auf das Unternehmen verzichtet. Die Kompagnie könnte viel achtungswerther da sein, wenn sie überhaupt nicht eine solche Subvention verlangt hat.

Abg. Scipio (natl.) tritt für die Vorlage ein. Im Interesse unseres Exports müßten für die Verbindung mit unseren Kolonien möglichst günstige Verhältnisse geschaffen werden. Auf Neu-Guinea sei mit Recht mit der Zeit ein steigender Absatz zu erwarten, deshalb würden er und seine Freunde der Uebertragung der 250.000 Mark-Subvention von Samoa auf Neu-Guinea zustimmen. Die dortige Kompagnie habe schon viel geleistet.

Abg. Bamberger: Wenn Sie unter „leisten“ „zahlen“ verstehen, dann hat die Kompagnie allerdings schon viel „geleistet“, aber sonst nicht. Glaubt man an die große Zukunft der Kompagnie, dann müßte diese doch erst recht die Schiffsverbindung selber zu tragen geneigt sein! Nach einer weiteren Kritik der Linie nach dort und nach einigen kurzen Gegenbemerkungen des Staatssekretärs von Stephan und des Direktors der Kolonialabtheilung Kaiser folgen noch einige kurze Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Bamberger und Scipio, worauf die Vorlage an die Budget-Kommission verwiesen wird.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Lucius wird für gültig erklärt, diejenige des Abg. Schier beanstandet und durch Reclamation Erhebungen für erforderlich erklärt. Für gültig wird ferner das Mandat des Abg. Scipio erklärt, dagegen die Wahl des Abg. Müllen-siefen beanstandet.

Ein Beschluß über das Mandat des Abg. Müller wird dadurch überflüssig, daß der Abgeordnete inzwischen dem Hause seine Mandats-niederlegung angezeigt hat.

Die Wahl des Abg. von Keden beantragt die Kommission für ungültig zu erklären. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche. Für die Gültigkeit werden 89, gegen dieselbe 75 Stimmen abgegeben, zusammen also 164 Stimmen. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.
Tages-Ordnung: Kleinere Vorlagen. Bericht über die Wahl des Abg. Althaus. Justizetat und Wiederholung der Abstimmung über die Wahl des Abg. von Keden.
Schluß 4½ Uhr.

E. L. Berlin, 25. Februar.
Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
39. Sitzung vom 25. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Das Haus legt die Beratung des Kultus-etats bei dem Kapitel „Medizinaleinrichtungen“ fort.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Jerusalem (fr.) erwidert

Kultusminister Dr. Boffe: Der Gedanke einer Medizinalreform ist seit Jahren im Kultusministerium erwogen worden. Die Frage ist gegenwärtig ein Schmerzenskind dieses Ministeriums, denn auch hier gilt der Satz: „Am Gelede hängt, nach Gelede drängt Alles.“ Ich kann mich nicht allein auf den Standpunkt stellen, bei jeder wünschenswerthen Sache an den Finanzminister zu schreiben. Sie wissen, wie schwierig es ist, bei unserer Finanzlage für gewisse Dinge die erforderlichen Mittel zu erhalten, ich muß von vornherein auch andererseits Rücksicht nehmen auf das, was der Finanzminister unter der jetzigen Luftlinie thun kann, und ich muß ihm dabei soweit als möglich beistehen. (Sehr richtig.) Im vorigen Jahre ließ uns nun die Cholera in ganz besonderem Maße erwägen, wie weit wir mit unseren ärztlichen Organen kommen können. Die Antwort konnte nicht zweifelhaft sein: unsere Organe waren nicht ausreichend. Man hat mir gesagt, das Resultat wäre beschämend. Ich gebe das in gewissem Maße zu, aber es ist doch andererseits dankbar anzuerkennen, daß wir in Preußen die nötige Hilfe zu leisten haben durch das außerordentliche Entgegenkommen der Militärverwaltung, sodaß wir im Großen und Ganzen sagen konnten, wir haben die Cholera lokalisiert. Es ist nun zweifellos, daß ein Bedürfnis besteht, gerade die Physiker besser zu stellen, da ein Gehalt von 900 Mark für deren Leistungen doch nicht als ausreichend bezeichnet werden kann. Allerdings haben die Physiker noch Privatpraxis und behalten dieselbe auch bei, wodurch sie auch eine gewisse Kühlung mit dem Leben erhalten, in die sie sonst nicht hineinkommen. Indessen erkenne ich gern an, daß, wie die Sache jetzt ist, sie schwerlich auf die Dauer weiter gehen kann und ich habe mich deshalb auf neue mit dem Herrn Finanzminister in Verbindung gesetzt. Es hat dies auch den Erfolg gehabt, daß zunächst genaue Erwägungen angestellt sind über die gegenwärtige Lage der Physiker. Sobald die Ermittlungen beendet sind, werde ich weitere Vorschläge machen. Ganz leicht ist die Sache nicht, denn es handelt sich dabei um die ganze Stellung der Physiker, um die Stellung, die man ihnen einräumen muß. Also ich kann zur Zeit nicht ein bestimmtes Versprechen abgeben, bis zu dem und dem Zeitpunkt wird die Organisation fertig sein, ich kann nur sagen, daß die Verhältnisse selbst uns dahin drängen, daß wir die Sache mit allem Ernst und aller Energie in die Wege leiten. Auffallend ist, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse so außerordentlich viele Bewerbungen um diese Stellen einkommen. Wie wird uns der großen Aufgabe bewußt, die wir auf diesem Gebiete haben und ich hoffe demnach in der Lage zu sein, Ihnen Vorschläge zu machen. Jedenfalls kann die Frage der Medizinalreform nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden.

Abg. Dr. Vangerhaus (freiz.) wünscht den Physikern die Privatpraxis zu belassen. Der Regierung könne der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie die Reform, die seit Jahren angeregt ist, nicht genügend gefördert hat. Der Physiker müsse ein höheres Gehalt gewährt werden, damit sie sich mit den nötigen modernen Instrumenten ausrüsten und einen Theil ihrer Privatpraxis aufgeben können.

Abg. Brandenburg (Zentr.) hält bei der Reform besondere Rücksicht für nötig. Abg. Jerusalem (Zentr.) vertritt die Ansicht, daß man den Physiker lediglich als Beamten betrachten solle; zu Privatgeschäften werde derselbe auch wenig Zeit behalten.

Der Medizinal-Etat und der Rest des Ordinarius des Kultus-Etats werden bewilligt. Bei der Beratung des Extra-Ordinariums nimmt der Minister Veranlassung, sich über die Frage der Sommerferien zu äußern. Es hat eine Umfrage bei den Provinzialschulcollegien stattgefunden, aber die Ansichten gehen vollständig auseinander. Auch von Schulwirthin und Lehrercollegien sind Meinungen eingegangen, aber ebenfalls mit völlig verschiedenen Vorschlägen. Die Frage selbst ist von größter Wichtigkeit. Für dieses Jahr ist der Beginn der Sommerferien in den Schulen auf den 14. Juli festgesetzt. Der Minister wird sich bemühen, die Angelegenheit, deren Wichtigkeit

er nicht verkennt, zu einem möglichst allseitig befriedigenden Abschluß zu bringen.

Das Extraordinarium wird hierauf bewilligt und in die Spezialberatung des Etats für Handel und Gewerbe eingetreten.

Abg. Fleß (Zentr.) befragt die Gründung von Arbeiterkammern und bedauert, daß die Regierung beim Betriebe staatlicher Anstalten so wenig Rücksicht auf die Interessen kleiner Handwerker und des Mittelstandes nehme; das sei um so nötiger, als mit der ungehobenen Gewerbefreiheit der Kampf aller gegen Alle eingeführt sei. Redner verlangt energische Maßnahmen zum Schutze des Handwerks und zur Herbeiführung einer Organisation desselben.

Minister v. Berlepsch: Wenn man zu einer korporativen Gestaltung des Handwerks schreitet, so wird man diese am besten nach den verschiedenen Handwerken einrichten. Ich glaube aber nicht, daß es nötig ist, diese Frage hier zu erörtern; dieselbe gehört vor den Reichstag und ist auch dort bereits eingehend erörtert worden. Was mich persönlich betrifft, so werde ich mein altes Wohlwollen dem Handwerk gegenüber stets bewahren.

Abg. Graf Strachwitz (Zentr.) bittet um Erweiterung der Fachschulen.

Minister von Berlepsch: Die Finanzlage hindert zur Zeit eine Erfüllung des auch von der Regierung getheilten Wunsches.

Abg. Rieck (freiz.): Wenn die Handwerker besondere Kammern haben wollen, so wiezue ich mich nicht; aber man soll den Handwerklern nicht Dinge vordrängen, welche mit den Handwerkerkammern doch nicht erreicht werden können. Uebrigens haben die Fraktionsgenossen des Abg. Fleß im Reichstage ausdrücklich die Befürchtung ausgesprochen, daß Handwerkerkammern die Zunahmen schädlich beeinflussen würden. Uebrigens haben die Sozialdemokraten Unrecht, wenn sie von dem Ruin des Handwerks sprechen, so schlimm steht es bei uns noch lange nicht.

Abg. v. Schenkendorff (natl.) spricht seine Freude aus über die Mehrereinstellung von 12.000 Mark für Fachschulzwecke und hält eine engere Angliederung der Fortbildungsschulen an die Fachschulen für nötig.

Minister v. Berlepsch schließt sich dieser Ansicht an. Fortbildungsschulen müssen den allgemeinen Unterricht vollenden und die Schulen für alle Gewerbe die nötige Vorbildung geben, die dann durch die Fachschulen weiter entwickelt werden kann. Auch im Interesse einer sittlichen Erziehung der Schüler ist der Fortbildungsschulen Unterricht nötig. Offenheit können wir im nächsten Jahre eine höhere Summe für diese Zwecke einstellen.

Abg. Jürgensen (natl.) wünscht bessere Bezahlung der Navigationslehrer.

Abg. Walbrecht (natl.) hält eine Verneuerung der Kunstgewerbeschulen für nötig, damit unserem Gewerbe die Möglichkeit gegeben wird, sich auf dem Weltmarkte zu behaupten.

Abg. Graf v. Bülow (Zentr.) bittet, mit den Wünschen etwas zurückhaltender zu sein, da die Finanzlage doch eine sehr zweifelhafte sei, und so lange wir uns in der Defizitwirtschaft befinden, an Mehrausgaben eigentlich nicht gedacht werden sollte.

Auf einen vom Abg. Dr. v. Jazdzewski (Polen) geäußerten Wunsch erklärt der Minister, daß er nicht in der Lage sei, an den Fortbildungsschulen in Posen und Westpreußen die polnische Unterrichtssprache einzuführen.

Das Haus lehnt den Antrag der Polen auf Streichung der Position von 350.000 Mark für Fortbildungsschulen in den polnischen Provinzen ab.

Der Rest des Etats wird ohne wesentliche weitere Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Lotterietat und Etat der direkten Steuern.

Deutschland.

△ Berlin, 25. Februar. Beim Reichskanzler Grafen Caprivi liefen an seinem Geburtstags-Gratulationstelegramme von allen deutschen Fürstlichkeiten ein. Telegramme hatten ferner gesendet der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien, sowie noch viele andere hohe Personen des Auslandes.

In der heute stattgehabten Sitzung der Militär-Kommission wurden sämtliche Anträge Reich's angenommen und ist damit die finanzielle Erweiterung abgeschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Wie die „Post“ hört, ist die deutsche Antwortnote auf die russische Note vom November, betreffend den möglichen Abschluß eines Handelsvertrages, nunmehr endgültig fertiggestellt.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Petersburg berichtet: Ebenso wie beim Ausbruch der Cholera im Vorjahre ist auch jetzt den Zeitungsredaktionen der Verleihe zugegangen, keinerlei eigene Cholera-Nachrichten zu veröffentlichen, sich vielmehr nur ausschließlich auf diejenigen des „Regierungs-Anzeigers“ zu beschränken.

Der „Köln. Ztg.“ wird ferner aus Petersburg gemeldet, daß daselbst der Meldung der Blätter, nach welcher zwei Infanterie-Regimenter schon in nächster Zeit vom Kaukasus nach der Westgrenze verlegt werden sollen, entgegengetreten wird. Erst durch die Weiterentwicklung der durch Eingeborene gebildeten Reiterregimenter würden dort Einheiten abgestellt werden. Nachdem die von der Kall, würden dann 20 Divisionen von Westsibirien und 38 von Ostasien an die Westgrenze verlegt werden.

Aus Spandau wird gemeldet, daß der dort stationirte Oberstabsarzt Dr. Altmann verstorben sei, sich zu erheben, wobei er sich den Unterleib zerquetscht hat. Da andere Motive für den Selbstmordversuch durchaus nicht vorliegen, so wird angenommen, daß Dr. Altmann in einem Anfall von Trübsinn seinem Leben ein Ende machen wollte.

** Unter denjenigen Beschwerden, welche von der preussischen Landwirtschaft, namentlich der ostfälischen Provinzen, erhoben werden, nehmen auch gewisse betreffs der Gesetzgebung über den Unterzuchtungswohnort erhebliche Einwendungen eine hervorragende Stelle ein. Schon bei der Beratung der Handelsverträge im Jahre 1891 ist eine Novelle zum Unterzuchtungswohnortgesetz in Aussicht gestellt, welche berechtigten Beschwerden

auf diesem Gebiete abzuheben geeignet wäre. A Vorbereitung dieser Novelle hat sich dadurch verzögert, daß einer der Hauptpunkte des Entwurfs die Herabsetzung des Alters für Erwerbung bezw. Verlust des Unterzuchtungswohnortes von 24 auf 18 Jahre, auf ersten Widerspruch stieß. Erst jetzt ist darüber im Sinne des Entwurfs Einverständnis erzielt, und es steht daher die Verlegung desselben in dem Reichstag unmittelbar bevor.

Der Kaiser und die Kaiserin hatten an heutigen Vermittlung eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten unternommen. Nach dem königlichen Schloß zurückgekehrt, empfing der Kaiser den Minister des königlichen Hauses v. Wedell, sowie den Präsidenten des evangelischen Ober-Kirchenrathes Barthelemy und hörte die Vorträge des Chefs des Generalstabes Graf von Schlieffen II. und des Inspektors der 1. Kavallerie-Inspection General v. Krösig. Später arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem General v. Hahn und nahm am Nachmittage um 1 Uhr eine Reihe militärischer Mittheilungen entgegen. Auch hatte der königliche sächsische Generalleutnant und General-Adjutant Freiherr v. Hohenberg anlässlich seiner Ernennung zum Kommandeur der 2. königlich sächsischen Division Nr. 24 und der kaiserlich und königlich österreichisch-ungarische Militär-Attache bei der hiesigen Botschaft Oberst v. Steininger die Ehre des Empfanges. Am Nachmittage um 7 Uhr findet bei dem Kaiser und der Kaiserin im hiesigen königlichen Schloß anlässlich des heutigen Geburtstages des Königs Wilhelm von Württemberg ein Diner von etwa 25 Gedecken statt. Morgen Vormittag werden der Kaiser und die Kaiserin mit ihren Gefolgen der feierlichen Einweihung der Gethenname-Kirche beizuwohnen.

In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung der 9. Kommission des Reichstages wurde, nachdem das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte durchberathen ist, der Antrag Altmann, welcher vom Gewerbebetrieb der Abzahlungsgeschäfte auf den Staats- und sonstigen Vertheilungen, sowie den Lotterielosen u., auch die Gold- und Silberwaren ansicheln will, mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen ein Antrag des Abg. Spahr angenommen, durch welchen der Verkauf von Lotterielosen und Subventionspapieren mit Prämien im Wege des Abzahlungsgeschäfts bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1000 Mark verboten wird.

Der westpreussische Provinzial-Landtag hat, wie anderwärts gemeldet ist, beschlossen, eine dritte Provinzial-Prämienlotterie zu erheben. Dieser Vorgang erinnert daran, daß ein für die Landarmenverbände höchst wichtiges Gesetz, welches bereits am 11. Juli 1891 verabschiedet ist, demnach in Kraft treten wird. Nach dem Unterzuchtungswohnortsgesetz vom 8. März 1871 sind die Landarmenverbände befugt, die Kosten der öffentlichen Armenpflege, welche die Fürsorge für Geisteskränke, Blöden, Taubstumme, Sittliche und Blinde verursacht, unmittelbar zu übernehmen. Durch die Novelle vom 11. Juli 1891 ist diese Befugnis in eine Verpflichtung und zwar dahin verandert, daß die Landarmenverbände für die Verabreichung, Kur und Pflege dieser Kranken u. s. w., sobald sie billigschuldig sind und soweit sie Anstaltspflege bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge treffen müssen. Diese Bestimmungen sind am 1. April d. J. in Geseßkraft eingetreten.

In der Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzes gegen den Verstoß militärischer Geheimnisse wurde heute die erste Lesung der Vorlage beendet. Die §§ 87 und 88 des Strafgesetzbuchs (Landesverräterische Beziehungen zu ausländischen Regierungen) bleiben entgegen den Vorschlägen des vorgelegten Entwurfs unverändert. In § 89 wurde in dem Satz, welcher von dem Vorhaben des feindlichen Truppen gegenüber handelt, statt „Trippen“ das Wort „Kriegsmacht“ gesetzt. § 90 droht lebenslängliche Zuchthausstrafe an für den Verrath von Festungen, Bässen, Operationsplänen, dem Feinde geleistete Spionagedienste u. s. w. Hier wurden mitunter Umstände zugelassen, wobei Festungs-bast nicht unter fünf Jahren eintreten soll. § 13 der Vorlage, welcher die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung noch weiter als bisher ausdehnen will, wurde abgelehnt.

Hamburg, 25. Februar. (B. Z. B.) Ein heute hier umlaufendes Gerücht von dem Auftreten der schwarzen Pocken in einem hiesigen Auswandererhause beruht, nach unkompetentester Stelle eingezogenen Erkundigungen, auf einem Irrthum. Ein in einer Auswandererbaracke am Amerikaquai unter postenartigen Ercheinungen leicht erkranktes Kind ist in das Krankenhaus gebracht worden, jedoch ist nicht festgestellt, daß es sich um schwarze Pocken handelt. Nur die jetzt bei allen Erkrankungen beobachtete große Rösche hat die Ueberführung wünschenswerth erscheinen lassen.

Stadenburg, 25. Februar. Der Oberkirchen-rath von Oldenburg beschloß, beim Reichstage gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu protestiren.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Februar. Nach der „Neuen Freien Presse“ bringt der ungarische Kultusminister das Gesetz über die Einführung der Zivilmatrikel noch vor Othen ein; die Debatte darüber wird bis zum Herbst vertagt.

Wien, 25. Februar. Oberst Wagner, Regiments-Kommandeur in Karlsruhe, welcher bei der strengen Kälte zwei Patrouillen ausmarschiren ließ und die Mumpsaffekt schätzte, worüber Abgeordneter Ugoren im Parlament eine Interpellation eingebracht hatte, wurde strafweise verlegt.

Frankreich.

Ames Ferry hat's erreicht, er ist gestern mit 148 von 249 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten des französischen Senats gewählt worden. Er, der seit nahezu 30 Jahren ein toter Mann war, ist nun plötzlich wieder in den Mittelpunkt des politischen Lebens seines Vaterlandes gerückt worden. Es wird wesentlich von seiner eigenen Fähigkeit abhängen, ob er sich von dem inneren etwas im Hintergrunde der politischen Bühne stehenden Senatspräsidenten auf einen einflussreichen Platz, vielleich gar auf den des Präsidenten der Republik zu schwingen vermag.

Wie immer bei bedeutenden Ereignissen in Paris, so interessiert uns auch jetzt in erster Linie, was die Russen dazu sagen. Die „Novoje Wremja“ berichtet dem aus seiner Bergessenheit wieder auftauchenden Ferry sofort einen sehr üblen Empfang; indem sie schrieb:

[illegible]

